

ALLGEMEINES

Hilfe in virtuellen Sozialräumen. Im Rahmen eines Forschungslabors des Masterstudiengangs für Soziale Arbeit an der Fachhochschule St. Pölten wurde das helfende Handeln im Internet untersucht. Die Studie ist als explorative Untersuchung einschlägiger Foren des deutschsprachigen virtuellen Raums und deren Hilfekulturen angelegt. Es geht darin um die Vorstellung und Diskussion grundlegender gedanklicher Werkzeuge für die Hilfeforschung sowie um eine empirisch-interaktionsanalytische Auseinandersetzung mit ausgewählten Threads entlang der Trennlinie von Selbsthilfe und professioneller Hilfe. Entlang eines Verständnisses von Helfen als permanentem Bemühen um eine den gegebenen Verhältnissen angemessene Fürsorge verfolgt die Studie ein ethnomethodologisches Konzept der Untersuchung helfender Interaktionen in Feldern und Räumen des Internet, genauer gesagt in webbasierten Selbsthilfe- sowie professionellen Beratungsforen. Ein umfassender Bericht zu dieser Untersuchung wird voraussichtlich zum Jahresende in dieser Zeitschrift vorgestellt. *Quelle: Mitteilung der PR&D – Public Relations für Forschung & Bildung vom 26.5.2011*

Engagementpolitik im Dialog. Kommentare und Stellungnahmen zur Engagementstrategie der Bundesregierung. Reihe Nationales Forum für Engagement und Partizipation. Band 4. Hrsg. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Berlin 2010, 152 S., kostenlos *DZI-D-9450*
Ausgehend von einer Dokumentation der im Oktober 2010 von der Bundesregierung verabschiedeten nationalen Engagementstrategie beinhaltet diese Veröffentlichung Stellungnahmen und Kommentare von mehr als 20 Akteuren der Zivilgesellschaft sowie eine Auswertung des zeitweilig eingerichteten Online-Forums ENGAGEMENTZWEINULL zur Engagementstrategie. Der Anhang bietet eine Darstellung der Ergebnisse aller 16 Dialogforen des vom BBE organisierten Nationalen Forums. Bestellanschrift: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-110, E-Mail: forum@b-b-e.de

Bessere Absicherung für Ehrenamtliche. Nach Bestrebungen des Bundesrats sollen ehrenamtlich tätige Vereinsmitglieder besser gegen ungerechtfertigte Haftungsrisiken abgesichert sein. Einem Gesetzentwurf des Bundesrats zufolge soll ein neuer Paragraph in das Bürgerliche Gesetzbuch eingefügt werden. Demnach muss ein ehrenamtliches Vereinsmitglied nur im Falle der vorsätzlichen oder fahrlässigen Verursachung eines Arbeitsschadens dem Verein haften. Weiter heißt es, dass die Haftung des Mitglieds gegenüber einem Dritten dabei bestehen bleibt. Die Länderkammer beabsichtigt damit, das bürgerschaftliche Engagement in der Gesellschaft

zu stärken. Es gelte, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ein solidarisches Zusammenleben zu schaffen. Der bisherige Schutz für ehrenamtliche Vereinsmitglieder sei nicht ausreichend, so der Bundesrat. Für den Bund entstehe kein erhöhter Vollzugsaufwand und die Mehrbelastung für die Vereine sei gering. Die Bundesregierung unterstützt das Anliegen der Länderkammer. Die Regierung teilt die Auffassung, dass die Haftung der Vereinsmitglieder rechtssicher zu regeln ist. *Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Bundestages vom 16.5.2011*

SOZIALES

Dramatische Reduzierung der Hilfen für Langzeitarbeitslose. Eine aktuelle Umfrage des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur Zukunft der Beschäftigungsunternehmen belegt dramatische Entwicklungen bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose. Insgesamt wird für 2011 eine Reduzierung der Maßnahmen um bis zu 40 % erwartet. Mit den Kürzungen der Arbeitsmarktförderung sowie der geplanten Instrumentenreform besiegelt die Bundesregierung den schleichenden Tod der öffentlich geförderten Beschäftigung, warnt der Paritätische. Der Verband fordert die Bundesregierung zur sofortigen Rücknahme der Kürzungen auf. Nach der Umfrage rechnen vier von fünf Beschäftigungsunternehmen 2011 mit deutlichen bis massiven Einschränkungen, das heißt einer substanziellen Gefährdung der weiteren Arbeit. Zwei Drittel der befragten Beschäftigungsunternehmen mussten bereits Personal abbauen. Insgesamt ist ein Rückgang der Vollzeitstellen von 2010 auf 2011 um 21 % zu verzeichnen. Die befragten Unternehmen gehen von einer radikalen Reduzierung der Maßnahmen für Langzeitarbeitslose um annähernd 40 % bis zum Ende des Jahres aus. An der Umfrage beteiligten sich 138 Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen aus 14 Bundesländern. Der Paritätische Wohlfahrtsverband vertritt ein Fünftel der bundesweit rund 1000 bestehenden Beschäftigungsunternehmen. *Quelle: Pressemitteilung 16/11 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Niedersachsen vom 31.5.2011*

Altern im Wandel. Zentrale Ergebnisse des Deutschen Alterssurveys (DEAS). Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Berlin 2010, 50 S., kostenfrei *DZI-D-9394*
In dieser Broschüre stellt das BMFSFJ die Ergebnisse der dritten Befragungswelle des Deutschen Alterssurveys vor. Die Untersuchung gibt einen Überblick über die Lebenssituation älterer und alter Menschen in Deutschland, beschreibt die gegenwärtige Vielfalt und den Wandel des Alters. Zentrales Ergebnis: Obwohl die Generationen häufig nicht mehr zusammen an einem Ort leben, sind die Beziehungen der Familienmitglieder zueinander nach wie vor eng und gut. Das gilt besonders für die Beziehungen zwischen Großeltern und Enkelkindern.

Eine große Mehrheit – gerade auch derjenigen ohne eigene große Familie – findet Rat und Unterstützung in funktionierenden sozialen Netzwerken von Freunden, Bekannten und Nachbarn. Der DEAS ist eine seit dem Jahr 1996 existierende, bundesweit repräsentative Befragung. Sie gibt einen dauerhaften Überblick über die Lebenssituation und Lebensplanungen von Menschen in der zweiten Lebenshälfte (40 Jahre und älter). Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

GESUNDHEIT

Bundestag fordert besseren Datenschutz bei privaten Krankenversicherungen. Der Petitionsausschuss spricht sich für eine Verbesserung des Datenschutzes privat krankenversicherter Personen aus. Die Abgeordneten beschlossen einstimmig, eine entsprechende öffentliche Petition dem Bundesfinanzministerium, dem Bundesgesundheitsministerium, dem Bundesinnenministerium sowie dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit als Material zu überweisen und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Es wird beanstandet, dass die privaten Krankenversicherungen (PKV) bei der Abrechnung psychothera-

peutischer Leistungen persönliche Daten des Versicherten weitergeben würden, obwohl dies für die Zwecke der Abrechnung nicht erforderlich sei. Die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) würden hingegen ein Verfahren anwenden, welches die Privatsphäre der Versicherten respektiere. In der Petition wird daher gefordert, die privaten Krankenversicherungen zu verpflichten, ein gleichwertiges Verfahren einzuführen. Ein zwischen der Versicherungswirtschaft und den Datenschutzbehörden der Länder im Jahr 1993 abgestimmtes Verfahren sieht lediglich vor, dass Behandlungs- und Befundberichte dem beratenden Arzt der Versicherung, nicht jedoch den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen zugehen sollten. Auch wenn aus Sicht des Petitionsausschusses im Hinblick auf das Verfahren derzeit kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf erkennbar ist, hegen die Abgeordneten Zweifel, ob diese 18 Jahre zurückliegende Vereinbarung allen dem Verband der privaten Krankenversicherungen angeschlossenen Versicherungsunternehmen bekannt ist und in der Praxis auch beachtet wird. Eine Neuregelung hat insbesondere unter dem Gesichtspunkt zu erfolgen, dass dann für den Umgang mit hochsensiblen personenbezogenen Daten im öffentlichen wie im nicht öffentlichen Bereich der gleiche Schutz gewährleistet wäre. *Quelle: Heute im Bundestag vom 25.5.2011*



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen. Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft

Gesundheitsberichterstattung Berlin. Spezialbericht. Sozialstruktur und Kindergesundheit. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. Selbstverlag. Berlin 2010, 282 S., EUR 15,- *DZI-E-0015*

Auf der empirischen Grundlage der Einschulungsuntersuchungen der Jahre 2007 und 2008 werden in dieser Studie die gesundheitliche Situation von Kindern in Berlin und deren Zusammenhänge mit sozialstrukturellen Faktoren wie der gesellschaftlichen Position der Eltern, der Familienform sowie Migrationshintergrund und Deutschkenntnissen untersucht. Wie die Ergebnisse zeigen, sind zwei Drittel der Kinder nicht oder kaum von gesundheitlichen Problemen betroffen, bei etwa jedem elften Kind (9 %) ist ein erhöhtes Risikoverhalten zu beobachten, wie beispielsweise Rauchen im Haushalt oder ein unvollständiger Impfstatus. Jedes achte Kind (13 %) zeigt Entwicklungsauffälligkeiten verschiedener Art und jedes neunte Kind (11 %) ist übergewichtig. Eine besonders deutliche Korrelation mit der kindlichen Gesundheit zeigten der Sozialstatus, der Wohnbezirk, der Sozialraum und die Deutschkenntnisse, von marginaler Bedeutung hingegen seien die Familienform oder ein Migrationshintergrund. Der Bericht versteht sich als Ausgangspunkt für eine Verbesserung der Gesundheitschancen von Kindern in Berlin. Bestellanschrift: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Berlin, Referat Gesundheitsberichterstattung, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28 12 29, Fax: 030/90 28 13 72

Bericht zur Langzeitpflege veröffentlicht. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihren Bericht „Help Wanted? Providing and Paying for Long-term Care“ vorgestellt. Hierin wird prognostiziert, dass der Anteil der Menschen, die älter als 80 Jahre sind, im den Ländern der OECD von derzeit 4 % auf 10 % im Jahr 2050 ansteigen wird. In Verbindung mit der erwarteten Schwächung familiärer Verbindungen stellt dieser Anstieg eine Herausforderung für die Langzeitpflege dar. Der Bericht sucht Antworten auf die Frage, wie eine umfassende Pflege dennoch gewährleistet werden kann. In einem zweijährigen Forschungsprojekt, das in den Jahren 2009 und 2010 in einem Mix qualitativer und quantitativer Methoden durchgeführt wurde, sind zehn Themenfelder bearbeitet worden, unter anderem demographische Aspekte, der wachsende Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal, die Bedeutung der Familien, arbeitsmarktpolitische Implikationen und die Auswirkungen auf die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme. Der Bericht kann in englischer Sprache im Internet unter der URL <http://ec.europa.eu/health/reports/european> abgerufen werden. *Quelle: Health and Consumer e-News der Europäischen Kommission vom 18.5.2011*

Register für Arzneimittelstudien. Seit Kurzem veröffentlicht die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) Informationen über klinische Prüfungen von Arzneimitteln. Unter der URL <https://www.clinicaltrialsregister.eu> können derzeit 8 775 Studien eingesehen werden, jedes Jahr sollen weitere 4 000 Prüfungsergebnisse sofort nach der Genehmigung in das Register eingestellt werden. Die EMA beabsichtigt, die Arzneimittelforschung transparenter zu machen und Doppelprüfungen zu vermeiden. Das Register soll nicht nur Wissenschaftlern und Ärzten, sondern auch Patienten einen leichteren Zugang zu Informationen über Medikamente verschaffen. *Quelle: Gesundheit und Gesellschaft 5/2011*

JUGEND UND FAMILIE

Verspätete Modernisierung. Öffentliche Erziehung im Rheinland 1945-1972/Heimerziehung 2010. Hrsg. Landschaftsverband Rheinland. LVR-Jugendamt. Selbstverlag. Köln 2010, 46 S., kostenfrei *DZI-D-9404* Der LVR stellt in dieser Broschüre und der beiliegenden CD die Ergebnisse einer Heimkinderstudie vor, die von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verschiedener Universitäten erstellt wurde. Die Studie identifiziert eine verspätete Modernisierung als Kernproblem der Heimerziehung. Diese resultierte vor allem aus einer strukturellen Unterfinanzierung sowohl des Landesjugendamtes (LJA) als auch der Einrichtungen. Ebenfalls wird konstatiert, dass das LJA wie auch die Heimeinrichtungen des LVR für ein Ordnungsdenken standen, das die Jugendlichen als Störfaktor wahrnahm und äußerst repressive Aspekte hatte. Obwohl die recht-


ALICE SALOMON
HOCHSCHULE BERLIN
University of Applied Sciences

berufsbegleitender Master-Studiengang

**Biografisches und
Kreatives Schreiben**

Studienstart jeweils zum Oktober

Wir beraten Sie gern telefonisch
unter der Nummer:
(030) 99245-332
Weitere Infos unter:
www.ash-berlin.eu/bks



lichen Regelungen ausdrücklich auf Erziehung abzielen, behält die Heimerziehung in der Praxis einen stark diskriminierenden und strafenden Charakter. Politik und Verwaltung des LVR sind sich einig, dass den ehemaligen Heimkindern Gerechtigkeit durch Aufklärung, Entschuldigung und Entschädigung widerfahren muss. Bestellanschrift: LVR Rheinland, Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln, Tel. 02 21/809-27 81, E-Mail: presse@lvr.de

Kassen geben weniger für Mutter-Kind-Kuren

aus. Im Jahr 2009 waren die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für Mutter-/Vater-Kind-Kuren im Vergleich zum Vorjahr um 6,01 % rückläufig, teilt die Bundesregierung mit. Für das Jahr 2010 ist nach vorläufigen Ergebnissen ein Ausgabenrückgang von 9,18 % festzustellen. Eltern-Kind-Kuren sind seit dem 1.4.2007 Pflichtleistung der GKV. Wie die Regierung mitteilt, stiegen in der Folge die Ausgaben in diesem Bereich zunächst spürbar an, und zwar im Jahr 2007 um 16,67 % und im Jahr 2008 um 10,95 %. Die Genehmigungsquote hat sich von 2008 (74,7 %) auf 2009 (74,4 %) kaum verändert. Insgesamt sind 2008 147 963 Anträge auf Mutter-/Vater-Kind-Kuren bearbeitet und 110 494 genehmigt worden, während im darauffolgenden Jahr auf 148 822 bearbeitete Anträge 110 749 Bewilligungen gekommen sind. *Quelle: Heute im Bundestag vom 3.6.2011*

Berliner Wegweiser für von häuslicher Gewalt

betreffene Migrantinnen. Hrsg. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales von Berlin. Selbstverlag, Berlin 2010, 54 S., kostenlos *DZI-D-9278* Als Orientierungshilfe für von häuslicher Gewalt betroffene Migrantinnen enthält diese Broschüre ein umfassendes, nach Stadtteilen geordnetes Adressverzeichnis entsprechender Einrichtungen in Berlin mit Informationen zu deren jeweils spezifischen Unterstützungsangeboten. Fachkräfte der Sozialen Arbeit finden hier Anhaltspunkte, um ihre Klientinnen mit gezielten Hinweisen unterstützen zu können, wobei ein alphabetisches Register der in den Projekten gesprochenen Fremdsprachen die Suche nach geeigneten Anlaufstellen erleichtert. Bestellanschrift: Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 57, E-Mail: integrationsbeauftragter@intmig.berlin.de

Selbstverpflichtung zur gewaltfreien Erziehung.

Einen Handlungsleitfaden für eine gewaltfreie Erziehung, Beratung und Betreuung hat die Arbeitsgemeinschaft Erzieherische Hilfen (AGE) der Caritas in der Diözese Münster erarbeitet, die bereits im vergangenen Dezember eine entsprechende Selbstverpflichtungserklärung verabschiedet hatte. Mit dem Leitfaden soll diese Selbstverpflichtung in der praktischen Arbeit umgesetzt werden. Einen Schwerpunkt bildet darin der „grenzachtende Umgang“. Damit mögliche Verletzun-

5.-7.9.2011 Hamburg. BGW forum 2011 – Gesundheitsschutz in der Behindertenhilfe. Information: Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege, Pappelallee 33-37, 22089 Hamburg, Tel.: 040/202 07-32 10, E-Mail: bgwforum@bgw-online.de

19.-20.9.2011 Leipzig. Fachkongress: Traumatisierte Jungen und Mädchen, Hilfe und Stabilisierung durch die Jugendhilfe. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: die@kinderschutzzentren.de

19.-20.9.2011 Ulm. Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik: Wertvolle Kinder – teure Alte!? Demografischer Wandel + Inklusion in der Kommune der Zukunft. Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Frau Katrin Adam, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, E-Mail: adam@difu.de

29.9.-1.10.2011 Innsbruck. Dreiländerkongress der Deutschen, Österreichischen und Schweizerischen Gesellschaften für Soziologie: Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit. Information: Kongressbüro, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Universitätsstraße 15/II, A-6020 Innsbruck, Tel.: 00 43/512 507 7305, E-Mail: info@soziologie2011.eu

29.9.-1.10.2011 Prag. 12. E.D.E.-Kongress: Die großen Tabus in der Langzeitpflege. Information: GUARANT International spol. s r.o., Opletalova 22, CZ- 110 00 Praha, Tschechische Republik, Tel.: 00 42/02 84 00 14 44, E-Mail: ede2011@guarant.cz

7.-8.10.2011 Berlin. Fachtagung des Bundesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen und des Netzwerks People First zum Thema Zukunftsplanung. Information: Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V., Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.: 02 11/640 04-21, E-Mail: info@bvkm.de

7.-9.10.2011 Hamburg. 13. Bundestagung des Bundesverbandes zur Förderung von Menschen mit Autismus: Auf dem Weg zur Inklusion. Information: autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, E-Mail: info@autismus.de

13.-14.10.2011 Münster. DVSG-Bundeskongress Sozialarbeit im Gesundheitswesen 2011: Ressourcen nutzen – Potentiale entfalten. Information: DVSG-Bundesgeschäftsstelle, Haus der Gesundheitsberufe, Salzufer 6, 10587 Berlin, Tel.: 030/39 40 64 540, E-Mail: info@dvsg.org

gen erkannt und auch bekannt werden, wird den Verantwortlichen aus den Erziehungsdiensten der Caritas geraten, eine Kultur der Aufmerksamkeit zu fördern und über Täterstrategien zu informieren. Die Selbstverpflichtungserklärung kann im Internet unter der URL www.caritas-muenster.de/50214.html abgerufen werden. *Quelle: Pressemitteilung der Caritas in der Diözese Münster vom 6.6.2011*

Studie zur Bildungssituation von Sinti und Roma.

Nach einer Untersuchung des Erziehungswissenschaftlichen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin haben 13 % der befragten Sinti und Roma über 14 Jahre nie eine Schule besucht. Weitere 44 % haben die Ausbildung abgebrochen. Eine Ursache wird von den Autoren der Studie im weitverbreiteten Antiziganismus gegenüber den 80 000 bis 120 000 Sinti und Roma in der Bundesrepublik gesehen, dessen Wurzeln auf die rassistische Politik und Gesetzgebung in der NS-Zeit zurückzuführen sei. Der Verband der Sinti und Roma in Deutschland fordert die Einberufung einer Bildungskommission zur Erarbeitung von Fördermaßnahmen für die Betroffenen. *Quelle: Das Parlament vom 30.5.2011*

AUSBILDUNG UND BERUF

Ausbildung in der Pflege. Die Initiative „Ausbildung in der Pflege“ fördert die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und setzt sich für eine Imageverbesserung des Pflegeberufs ein. Im Rahmen der Initiative werden ausbildende Unternehmen unterstützt und vorbildliche Ausbildungsbetriebe mit dem Siegel „Fairer Pflege-Ausbilder“ gekennzeichnet. Laut Schätzungen des Statistischen Bundesamtes fehlen dieses Jahr in Deutschland 50 000 und in 15 Jahren 150 000 Pflegefachkräfte. Auszubildende Pflegeeinrichtungen können ab sofort den spezialisierten Stellenmarkt von Wohnen-im-Alter.de kostenlos für Anzeigen von Ausbildungsplätzen nutzen. Zusätzlich erhalten auszubildende Einrichtungen geförderte Online-Marketing-Leistungen. Unternehmen, die zu gerechten Bedingungen ausbilden, können die Prüfung durch die Initiative Ausbildung in der Pflege beantragen. Erfüllen die Unternehmen die Kriterien einer guten Ausbildung, erhalten sie das Siegel „Faire Pflege-Ausbildung“. Auf Facebook können motivierte Pflegefachkräfte und Auszubildende der Gruppe „Warum arbeitest Du in der Pflege“ beitreten. *Quelle: Pressemitteilung der Initiative Ausbildung in der Pflege vom 7.6.2011*

Qualifizierung für Kinderschutzfachkräfte. Im August 2011 beginnt in Berlin eine neue Fortbildung für Fachkräfte nach § 8a SGB VIII. Die Inhalte der Qualifizierung hat die gemeinnützige „Start Beratungsgesellschaft“ vor dem Hintergrund ihrer Arbeit als Träger der Fachstelle Kinderschutz im Land Brandenburg sowie des Bündnisses Kinderschutz Mecklenburg-Vorpommern konzipiert. Die Qualifizierung beginnt am 24.8.2011

und endet am 17.2.2012. Das Angebot richtet sich an Fachkräfte aus allen Bereichen des Kinderschutzes, also der freien und öffentlichen Jugendhilfe und Schulen über den Kinderarzt oder die Hebamme bis hin zu Polizei und den Familiengerichten. Insgesamt umfasst die Fortbildung 64 Stunden und gliedert sich in drei je zweitägige Module plus drei halbtägige Termine zur Fallreflexion. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten nach erfolgreicher schriftlicher Arbeit und der Teilnahme am Kolloquium ein qualifiziertes Abschlusszertifikat. Die Kosten betragen 560 Euro bei einer Kursgröße von 20 Personen. Weitere Informationen und die Kurstermine sind im Internet unter der URL http://start-ggmbh.de/index_html/kinderschutzfachkraefteberlin zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Start gGmbH vom 28.4.2011*

Fachberater Integration. Die Industrie- und Handelskammer zu Essen (IHK) und das Integrationsamt des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) haben die „Fachberatung Integration“ ins Leben gerufen. Die IHK bietet ihren Mitgliedsunternehmen mit dem Integrationsberater einen Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Beschäftigung behinderter Menschen. Oft sind es fehlende Informationen oder bürokratische Hürden, die Unternehmen davon abhalten, behinderten Menschen einen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. Hier bietet der Integrationsberater seine Unterstützung an: So gibt er eine technische Beratung zur Arbeitsplatzgestaltung, informiert über Fördermöglichkeiten und unterstützt bei der Antragstellung. Darüber hinaus ist er auch bei laufenden Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnissen Ansprechpartner für alle Fragen und Probleme. Die IHK will deutlich machen, dass die Beschäftigung behinderter Menschen ein großer Gewinn für die Unternehmen sein kann. Gerade angesichts des zu erwartenden Fachkräftemangels stelle diese Personengruppe ein großes, vielfach noch ungenutztes Potenzial dar. Das LVR-Integrationsamt finanziert die Fachberatung bei der IHK Essen mit Mitteln aus der gesetzlich festgelegten Ausgleichsabgabe. Sie muss von Betrieben entrichtet werden, die keine oder eine zu geringe Zahl von Menschen mit Behinderung beschäftigen. *Quelle: Pressemitteilung des Landschaftsverbandes Rheinland vom 13.4.2011*